

Aargauer Zeitung

abo+ KRIEG IN DER UKRAINE

Ukrainische Flüchtlingskinder in Aargauer Schulklassen: «Einfach mit gutem Willen können wir diese Krise nicht stemmen»

Finden Kinder auf der Flucht ein Daheim im Aargau, besuchen sie auch hier die Schule. Noch ist unklar, wie viele es sein werden. Doch Lehrpersonen, Schulleitungen und der Kanton wollen vorbereitet sein. Dabei sind noch viele Fragen offen zur Einschulung, Umgang mit Traumata und Dauer der Aufenthalte.

Eva Berger

11.03.2022, 05.00 Uhr

 1 Kommentar

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Donato Caspari

Die Coronapandemie ist an den Schulen noch nicht ausgestanden. «Das Thema wird aber zunehmend von einem anderen verdrängt», sagt Philipp Grolimund, Co-Präsident des Aargauischen Schulleiterverbands. Selber ist er Schulleiter an der Primarschule Laufenburg. Am Donnerstagvormittag hatte die Schule eine Solidaritätsaktion für die Ukraine organisiert. «Das beschäftigt die Kinder jetzt.»

Und es wird sie noch mehr betreffen, denn zunehmend werden auch im Aargau Flüchtende mit schulpflichtigen Kindern eine Bleibe finden. Wie genau sich die Schulen darauf vorbereiten sollen, ist noch unklar. Der Schulleiterverband hat letzte Woche beim Bildungsdepartement nachgefragt. «Für uns wäre wichtig, die Rahmenbedingungen jetzt zu kennen», sagt Grolimund. Auch der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband erwartet Unterstützung durch den Kanton, wie Präsidentin Kathrin Scholl sagt. Noch hat das Bildungsdepartement keine Antwort gegeben.

Schulpflicht gilt für alle

Die Regierung hat selber noch offene Fragen. Kinder und Jugendliche, die sich mit einem Schutzstatus S in der Schweiz aufhalten, haben einen Anspruch auf Grundschulunterricht. So steht es in der Verfassung. Wie sich dieser Schutzstatus auf die Prozesse und Abläufe im Zusammenhang mit der Bildung auswirkt, müsse aber noch geklärt werden, schreibt der Regierungsrat in seiner Vernehmlassungsantwort auf den Vorschlag des Bundes.

Unklar ist bislang etwa, ob die Zuweisung bei Schutzstatus S beschleunigt wird, ob die Menschen schneller den Kantonen oder allenfalls direkt den Gemeinden zugewiesen werden. Dann stelle sich die Frage, ab wann Kinder und Jugendliche mit Schutzstatus S einzuschulen sind. Weiter, ob angesichts des vielleicht nur kurzen Aufenthalts die Lernziele oder die geordneten Strukturen im Vordergrund stehen müssen. Und schliesslich müsse geklärt werden, wie Jugendliche eingeschult werden sollen, die an der Nahtstelle zwischen obligatorischer Schulzeit und Sekundarstufe II stehen.

Die Kantone sollen bei den Schulen keine eigenen Bestimmungen erlassen, findet die Regierung: «Nach Ansicht des Regierungsrats sind zu allen Bildungsfragen möglichst einheitliche Regelungen in den Kantonen wünschenswert», heisst es in der Vernehmlassungsantwort.

Lehrpersonen sind nicht geschult für Flüchtlingskinder

Für die Lehrpersonen und Schulen stellen sich derweil bereits praktische Fragen. Kathrin Scholl sagt:

«Einfach mit gutem Willen können wir diese Krise nicht stemmen.»

Die einzelnen Lehrpersonen brauchten im Umgang mit traumatisierten, fremdsprachigen Kindern Unterstützung. Sie sind darin nicht geschult.

Wer für Übersetzungen zuständig ist, inwiefern die Schulsozialarbeit eingebunden wird, wie diese Kinder und Jugendlichen zu integrieren sind, sei alles noch offen, so Scholl.

Auch wenn man jetzt noch nicht weiss, wie viele Flüchtende überhaupt im Aargau ankommen werden, seien diese Fragen zu klären. «Eigentlich müssten wir jetzt bereit sein», findet die oberste Aargauer Lehrerin.



Kathrin Scholl, Präsidentin
Aargauischer Lehrerinnen- und
Lehrerverband.

Alex Spichale

Schulleiter: Konstanz wäre wichtig

Die Schulen seien es sich gewohnt, Kinder teilweise auch nur temporär aufzunehmen, sagt Philipp Grolimund.

«Bei drei oder vier Kindern pro Schule ist das im Rahmen des alltäglichen und gut zu bewältigen.» Wichtig wäre ein möglichst unkompliziertes

Vorgehen, aber auch, dass diese Schülerinnen und



Philipp Grolimund, Co-Präsident
Verband der Schulleitungen.

Chris Iseli

Schüler in der Aargauer Schule Sicherheit und Konstanz erfahren. Dass sie mindestens drei Monate an der gleichen Schule bleiben könnten, wäre also wünschenswert, so der Schulleiter. «Doch auch die Klassen müssen auf die neue Situation vorbereitet werden, das braucht Zeit und soll sich nicht ständig wieder ändern», findet er. Denn: Der Krieg in der Ukraine beschäftige die Kinder.

1 Kommentar

Daniel Fondado vor einem Tag

Unter den Schutzbedürftigen gib es sicher auch Lehrpersonen, welche die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichten können. Das gibt den Kindern Sicherheit und den Erwachsenen eine (bezahlte) Beschäftigung. Ergänzen könnte man den Unterricht durch DAZ damit die Kinder deutsch lernen können. Über benötigtes Unterrichtsmaterial könnte man die ukrainische Botschaft kontaktieren. Die kann sicher weitervermitteln. Glücklicherweise ist noch nicht die ganze Ukraine vom Krieg betroffen. Man könnte prüfen ob ein Fernunterricht möglich wäre. IT mittel sind ja keine Kriegsgüter die könnte die Schweiz bedenkenlos in die Ukraine schicken um einen Fernunterricht zu etablieren.

1 Empfehlung

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema:

Jugendliche

Kanton Aargau

Krieg in der Ukraine

Schule
